L A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES

IV. Wahlperiode/ 26. Sitzung. 254
4. Sitzungsperiode 1934.

Stenographischer Bericht

über die am Freitag, den 28. Dezember 1934 im Neuen Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Sitzung des Landesrates.

Vorsitzender Scheuer: Meine Dame und meine Herren! Ich eröffne hiermit die heutige Sitzung (10 Uhr).

Die Regierungskommission ist vertreten durch :

Herrn Ministerialdirektor Kuchenbecker, als Staatskommissar.

Von den Mitgliedern fehlen entschuldigt die Herren:

Angel (DF)-St.Wendel; Braun (SP)-Saarbrücken.

Die

Tagesordnung

liegt Ihnen vor; sie umfaßt folgenden Punkt:

Begutachtung des Verordnungsentwurfes betreffend

Regelung des Wohnungswesens.

Der Ältestenrat hat beschlossen, daß mit der Begutachtung eine allgemeine Aussprache stattfindet, die für jede Fraktion 40 Minuten betragen soll.

Das Wort erteile ich dem Sprecher der Deutschen Front, Herrn Abgeordneten **Martin**!

Abg. Martin (DF): Meine Dame und meine Herren! Zum 21. Male legt die Regierungskommission eine Verordnung betreffend

Regelung des Wohnungswesens

vor. Das ist für die kurze Zeit der Tätigkeit der Kommission schon ein beachtlicher Rekord, beachtlich insbesondere deshalb, weil er der Regierungskommission gelang, gegen unsere ständig einmütige Stellungnahme. Die Behandlung der Wohnungsfrage ist geradezu ein Schulbeispiel für die seit je bei der Regierungskommission beliebte Art, den Willen der Saarbevölkerung zu mißachten. Immer wieder hat der Landesrat, bald geschlossen, bald mit großer Mehrheit den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft gefordert

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

gefordert. Die Regierungskommission hat sich taub gestellt und alles blieb wie es war.

Wenn die Regierungskommission sich beim 21.Male auf den Verwaltungsbericht der Stadt Saarbrücken beruft, so beweist das weniger die Unlösbarkeit des Wohnungsproblems, als vielmehr die völlige Untätigkeit und Unlust zu handeln, die wir wiederholt bei der Regierungskommission feststellen und rügen mußten. Hätte die Regierungskommission mit Energie und Mut diese Frage angegriffen durch Förderung des Kleinwohnungsbaues und durch Anregung der Privatinitiative der Baulustigen und der Unternehmer- dann wäre der ganze Fragenkomplex schon längst vergessen. Es genügt nicht, Gesetze gegen Mißstände zu machen, man muß den Mißständen auch die Voraussetzungen und Grundlagen entziehen. Zum mindesten muß man das versuchen. In der Wohnungsfrage wäre dieser Versuch, wie in vielen anderen wichtigen Fragen, unzweifelhaft gelungen. Der Regierungskommission hat entweder die Fähigkeit oder der gute Wille gefehlt, sonst hätte sie - die seit Jahren in verschiedener Zusammensetzung sich mit der Frage befaßt - das Problem lösen zu müssen. Wenn ihr dies nicht gelang, so beweist das erneut, daß der Status quo mit seiner Völkerbunds-Regierungskommission eine unbrauchbare Regierungsform ist.
Die Saarbevölkerung will eine echte Volksregierung und lehnt eine Regierung ab, für die - wie durch die Geschichte des Wohnungswesens bewiesen wird - nicht das Wohl des Volkes, sondern fremde Interessen Richtlinie sind.

(Zurufe: Sehr richtig !)

Die Saarbevölkerung lehnt einen anonymen Souverain, wie es der Völkerbund ist, ab. Der Völkerbund mag alles mögliche sein: Subjekt staatlicher Autorität, denkbarer Träger einer Obrigkeit im christlichen Sinne dieses Wortes ist er jedenfalls nicht. Er ist kein Adressat der Gefühle von Treue, Loyalität und innerem Respekt, wie sie der christliche Begriff der Obrigkeit verlangt. 54 Staaten verschiedenster Art, durch einen höchst unklaren und unbestimmten Vertrag in eine Beziehung gebracht, deren rechtliche Eigenart höchst unklar bleibt, mit zwei ganz verschiedenartigen Organen, Völkerbundsrat und Völkerbundsversammlung, deren Kompetenz ebenfalls unbestimmt gelassen ist, eine solche Konstruktion kann Hoheit und Autorität weder haben noch ausüben, noch ihr Treuhänder sein. Es ist bezeichnend für die Begriffsverwirrung und für die naive und gedankenlose Übertragung privat-und handelsrechtlicher Vorstellungen auf moralische Fragen des öffentlichen, staatlichen und nationalen Lebens, daß man überhaupt die Redensart vom Völkerbund als einem Souverain aufstellen konnte.

Die Deutsche Front hat sich in einem Vorschlag bereit erklärt, den von der Abstimmungskommission angeregten Waffenstillstand bis zum 2.Januar 1935 festzusetzen. Auf diesen Wunsch ist die Abstimmungskommission leider nicht eingegangen. Die Befürchtungen der Deutschen Front, daß die Separatisten den Burgfrieden nicht einhalten würden, haben sich leider in vollem Umfange bestätigt. Wir sind daher in der Lage, heute, am 28.Dezember, die nachfolgende

E r k l ä r u n g

abzugeben:

"Zunächst verweisen wir auf die Gerichtsverhandlung gegen den Führer der Deutschen Front und gegen Mitglieder

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

Mitglieder unserer Fraktion. Wir bedauern außerordentlich die Vertagung der Gerichtsverhandlung ohne stichhaltigen Grund, weil man den Herren unmöglich macht, den Beweis für die in der Denkschrift niedergelegten Tatsachen zu erbringen, aber den Anschein erweckt, als seien in der Denkschrift verlogene Behauptungen aufgestellt.
Wir erinnern bei dieser Gelegenheit auch an den Fall Baumgärtner. Ein Saarländer sitzt seit fünf Monaten in Untersuchungshaft. Der Fall müßte längst geklärt sein, zumal dieser Fall in übermäßiger Weise - wie sich bei der Gerichtsverhandlung sicher herausstellen wird - aufgebauscht worden ist. Eine schnelle Klärung dieses Falles wäre auch deshalb notwendig gewesen, weil er dem Präsidenten der Regierungskommission den Vorwand geliefert hat, bei der Deutschen Front eine Haussuchung wegen Mordverdacht abzuhalten,

(Zurufe: Sehr richtig !)

deren Rechtmäßigkeit die Regierungskommission bis heute noch nicht nachweisen konnte. Zur Bewertung dieses Vorgehens können wir nur ein Urteil von englischer Seite wiedergeben, das diese Haussuchung, die dazu benutzt wurde, dem politischen Gegner Material in die Hände zu spielen, als "denkbar unfair" bezeichnet und hervorhebt,

" ein <u>richtiger</u> Engländer würde zu einer derartigen Handlungsweise nicht fähig sein!"

Wir weisen darauf hin, daß nach dem im Saargebiet geltenden Recht die Akten sofort hätten herausgegeben werden müssen, weil zwischen diesem angeblichen Mordversuch und der Deutschen Front keinerlei Zusammenhang besteht. Das weitere Ausschlachten der Akten zu politischen Zwecken war also ein vollendeter Rechtsbruch.

Das Saarvolk, dem man in den letzten 16 Jahren Zumutungen gestellt hat, die man wohl kaum einem anderen zivilisierten, freiheitsliebenden Volk zu bieten gewagt hätte, muß trotz aller Disziplin, die es nachgewiesenermaßen aufgebracht hat, es in zwölfter Stunde nun auch noch ertragen, unter die Aufsicht fremder Truppen gestellt zu sein. Gegen diese Truppen hegen wir nicht die geringste Abneigung, da wir wissen, daß s i e nur ihrer Pflicht gehorchen. Über diejenigen, die durch ihr unangebrachtes Jammergeschrei und die Irreführung der öffentlichen Meinung Veranlassung waren, daß diese Truppen uns gesandt wurden, wird einst die Geschichte richten.

(Bravo-Rufe -- Händeklatschen)

Wir nehmen allerdings als selbstverständlich an, daß die Haltung dieser Truppen sich wohltuend von <u>der</u> Haltung unterscheidet, die die französischen Besatzungstruppen seinerzeit im Saargebiet an den Tag gelegt haben.
Wir haben es im übrigen außerordentlich bedauert, daß man sofort von dem Beschlagnahmerecht Gebrauch gemacht und den italienischen Truppen das Sanitätshaus des Roten Kreuzes zugewiesen hat. Wir haben das umsomehr bedauert, als das Sanitätshaus des Roten Kreuzes während der Abstimmungszeit große Aufgaben zu erfüllen hat, da bekanntlich der große Zustrom von Wahlberechtigten und das Durcheinanderreisen der Wahl-

L.T. Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

257

Wahlberechtigten im Saargebiet selbst notwendigerweise große Anforderungen an das Rote Kreuz mit sich bringt.
Wir hätten auch gewünscht, daß die Regierungskommission die fremden Polizeipersonen, die ohnehin schon höher bezahlt sind, nicht auch noch durch Generalsuniform auszeichnen würde. Ein Teil von diesen Polizeioffizieren trägt auch schon Stock oder Reitpeitsche. Diese sind hier im Saargebiet in so übler Erinnerung, daß wir erwarten müssen, daß die Regierungskommission ihren eigenen saarländischen Polizeikräften schleunigst das Tragen von Stöcken und Reitpeitschen verbietet, zumal dies nicht zur Ausrüstung der Polizeikräfte gehört. Die Saarbevölkerung ist - wie der frühere Präsident der Regierungskommission, der Engländer Stephens - in öffentlicher Völkerbundsratssitzung in Genf festgestellt hat, ein in hohem Maße stolzes, ordnungsliebendes und patriotisches Volk. Diese Bevölkerung empfindet im Hinblick auf die musterhafte Disziplin, die sie während 15 Jahren bewahrt hat, die wiederauftauchenden Stöcke als eine Provokation.
Nachdem jetzt der Wunsch des Herrn Knox und der Emigranten, fremde Truppen zu erhalten, erfüllt worden ist, muß verlangt werden, daß endlich die Emigranten aus der Polizei entfernt werden, zumal sie durch ihre Pflichtverletzungen unser Volk genügend beleidigt und gereizt haben. Die fremden Truppen werden sicher nicht stolz darauf sein können, daß vor und hinter ihnen saarländische Polizei-Überfallkommandos fahren, die dem Befehl eines Mannes unterstehen, der sich bis heute noch nicht von dem schweren Vorwurf der Feigheit vor dem Feind gereinigt hat.
Wir haben wiederholt gefordert, daß es den Emigranten und insbesondere den Nichtabstimmungsberechtigten im Saargebiet verboten werden solle, sich aktiv, besonders als Redner im Abstimmungskampf zu betätigen. Man hat dieser Forderung bisher entgegen halten können, daß es ja noch garnicht feststehe, wer abstimmungsberechtigt sei. Nachdem aber jetzt feststeht, wer abstimmungsberechtigt ist, fällt dieser Vorwand weg.-
Wir stellen deshalb mit Nachdruck noch einmal die Forderung, Nichtabstimmungsberechtigten zu verbieten, als Redner und Hetzer tätig zu sein. Wir glauben mit Sicherheit annehmen zu können, daß, wenn beispielsweise ein französischer Volksteil das Unglück gehabt hätte, einer Abstimmung unterworfen zu werden, dieser es sich nicht bieten ließe, daß Nichtabstimmungsberechtigte seine Meinung verfälschen dürften.
Ein weiterer Vorgang, der augenblicklich unser Volk stark erregt, ist das Flaggenverbot, das die Regierungskommission a u s g e r e c h n e t am Tage bevor der Weihnachtsfrieden in Kraft treten sollte, erlassen hat. Man hat damit der Saarbevölkerung das Recht entzogen, auf eigener deutscher Scholle die vaterländische Flagge zu zeigen. Dieses Recht aber hat die Abstimmungskommission allen Fremden, sich selbst und der Regierungskommission, also einem Schweizer, einem Holländer, einem Schweden, einem Iren, einem Jugoslaven und einem Finländer, ferner den hier anwesenden Truppen vorbehalten.
Selbst in demokratischen Ländern, die uns gegenwärtig immer noch als Vorbild gepriesen werden, wären derartige Dinge unmöglich.
Warum quält man unser Volk mit Demütigungen, die man sich sicherlich im eigenen Lande nicht gefallen ließe. Die Abstimmungskommission wird diese Verordnung mit ihrer Neutralitätspflicht begründen wollen. In Wirklichkeit bedeutet aber das Flaggenverbot eine ungeheure Verletzung der Neutralität, da es dazu dient, den wahren Ausdruck der Volksmeinung nach

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4 I

außen hin zu verhindern. Außerdem haben wir dazu Folgendes zu sagen:

> Nach Prüfung der Rechtslage müssen wir uns auf den Standpunkt stellen, daß dieses Verbot ungültig ist, weil vor Erlaß des Verbotes der Landesrat nicht gehört worden ist.

Ähnlich verhält es sich mit den von der Abstimmungskommission getroffenen Maßnahmen für den Plakatanschlag. Diese Maßnahmen führen praktisch dazu, daß man einer kleinen Gruppe Möglichkeiten gibt, die durch ihre Bedeutungslosigkeit in keiner Weise gerechtfertigt sind, die aber nach außen hin wieder geeignet sind, das wahre Bild der Volksmeinung zu fälschen.

Gegen die Art der Stimmzählung und die beabsichtigte verspätete Bekanntgabe des Wahlresultates hat die Deutsche Front bereits Protest eingelegt. Wir müssen darauf hinweisen, daß der Weg, den die Abstimmungskommission einschlagen will, derartig kompliziert ist, daß gerade durch diese verwickelte Handhabung sich leichter Fehler einschleichen können, als nach den in aller Welt geübten einfachen Methoden. Bei der Bevölkerung besteht über diese Anordnung der Abstimmungskommission die größte Beunruhigung. Eine Bevölkerung, die von Oberschlesien, von Eupen-Malmedy und dem Memelgebiet gehört hat, ist außerordentlich mißtrauisch. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß die Abstimmungskommission auf die einfachen und dafür umso sicheren Methoden zurückgreifen wird.

Hinsichtlich der immer wieder auftauchenden Frage einer z w e i t e n A b s t i m m u n g im S a a r g e b i e t - -einer Abstimmung in nebelhafter Ferne - weisen wir darauf hin, daß bindende Versprechen des Völkerbundsrates nicht vorliegen. Im übrigen schließt der Wortlaut des Saarstatuts eine zweite Abstimmung grundsätzlich aus. Aber selbst wenn dahingehende Versprechen des Völkerbundsrates vorlägen, sind demgegenüber die Erfahrungen, die das deutsche Volk an der Saar mit Versprechungen fremder Staatsmänner gemacht hat, mehr als vernichtend. Der Waffenstillstand und der Versailler Vertrag sollten aufgebaut sein auf den Versprechungen, die Wilson in seinen 14 Punkten und den verschiedenen Reden der ganzen Welt gegenüber gemacht hat und die ausdrücklich von den Regierungen der alliierten und associierten Mächte angenommen worden ist, weiß Jedermann. Wir im Saargebiet gehören zu den Opfern dieser gebrochenen Versprechungen.
Hinter der schönen Zusage einer sogenannten zweiten Abstimmung, bei der durchaus nicht nur von der Rückkehr allein zu Deutschland die Rede wäre, lauert nämlich der französische Imperialismus, der dem Saargebiet das gleiche Schicksal wie Elsaß-Lothringen bereiten möchte, das ohne Abstimmung annektiert wurde. Glaubt man wirklich, daß ein französischer Außenminister sich praktisch auf eine zweite Abstimmung einlassen würde ? - Er könnte das schon nicht mit Rücksicht auf Elsaß-Lothringen, da er dann Gefahr liefe, daß dort die <u>erste</u> Abstimmung gefordert werden könnte.

(Zurufe: Sehr gut !)

Wir weisen ferner darauf hin, daß die versprochene freie Abstimmung in Eupen-Malmedy mit stillschweigender Billigung der gesamten im Völkerbund vertretenen Mächte zu einer Farçe gestaltet worden ist.

(Zurufe: Sehr richtig; sehr gut !)

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4

Auch Danzig und der ganze Korridor sind ohne Abstimmung vom deutschen Vaterlande losgerissen worden und das unglückliche Memelgebiet hat das gleiche Schicksal erdulden müssen. Es ringt mit größter Zähigkeit um die Erhaltung seiner verbrieften Rechte, ohne daß sich aus den Kreisen des verantwortlichen Völkerbundsrates eine Hand rührt, um im Interesse dieses geknechteten Volkes den litauischen Rechtsbrüchen Einhalt zu gebieten.

(Zurufe: Sehr richtig !)

Wir wissen, wie wenig den Russen Litwinow das Saargebiet interessiert und irren uns kaum in der Annahme, daß er nur deshalb eine zweite Abstimmung propagiert, weil er im Saargebiet eine sichere Keimzelle des Boschewismus für Westeuropa schaffen möchte.

(Zurufe: Sehr richtig!)

Aber erst recht deutlich wird die Doppelzüngigkeit dieser Staatsmänner durch Herrn Benesch dargetan, der doch alle Veranlassung hätte, den Deutsch-Böhmen zunächst einmal Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.
Es ist klar, daß das Saarvolk aus solchen Erfahrungen seine Konsequenzen zieht. Ihm genügt <u>eine</u> Abstimmung.

(Zurufe: Sehr richtig !)

Sein Ziel liegt fest. Und dieses Ziel heißt: D E U T S C H L A N D

- Bravo-Rufe und Händeklatschen -

Das wollen nur diejenigen nicht einsehen, die in fremdem Solde stehen und zu einem guten Teil nicht abstimmungsberechtigt sind. Diese sind es, die die Durchführung einer zweiten Abstimmung glauben propagieren zu dürfen.
Bereits in der ersten Landesratssitzung im Jahre 1922 haben die inzwischen in der Deutschen Front zusammengefaßten Parteien, <u>außer ihnen sogar</u> d a m a l s <u>noch national eingestellten Sozialdemokraten und Kommunisten</u> eine einmütige Erklärung abgegeben, daß das Saargebiet unter allen Umständen zum Deutschen Reich zurückzukehren hätte.

(Zuruf des Abg. Hey(KP): Das stimmt!)

- Glocke des Vorsitzenden -

Diese Forderung ist unsere unveränderte Linie bis auf den heutigen Tag geblieben. Wir wissen uns darin mit allen einig; die gleich uns davon überzeugt sind, daß der Frieden Europas nur dann gewährleistet ist, wenn diese Lösung angenommen wird. Mit Genugtuung können wir feststellen, daß die öffentliche Meinung der Welt unserem Standpunkt immer mehr Verständnis entgegen bringt. Dies ergibt sich insbesondere aus den Äußerungen angesehenster englicher Zeitungen während der letzten Wochen.
Wir im Landesrat haben den Kampf um die Rechte der deutschen Saarbevölkerung nur führen können, weil unsere Wähler uns in all diesen Jahren die Treue gehalten haben und sich mit uns im gleichen Ziel und Streben verbunden fühlten.
Unserem braven Volk, das während der 16 Jahre von allen möglichen Seiten umworben wurde, damit es seinem Vaterlande untreu werden sollte,

(Zuruf des Abg. Detjen(KP): Sehen Sie Ihre Parteigenossen Steegmann und Muth.

LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

(Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Herr Abgeordneter Hey, ich bitte um Ruhe!

Abg. Martin (DF) fortfahrend:
sollte, sprechen wir heute unseren h e r z l i c h s t e n D A N K dafür aus, daß es sich weder von Frankreich, noch von Leuten, die unsere schöne deutsche Saarheimat zu einem Asyl für politisch Obdachlose machen wollen, noch von solchen Leuten, die zwar das Deutschlandlied singen, aber nicht zu Deutschland zurückwollen und die vorgeben, mit den Moskowitern zusammen das Christentum zu verteidigen zur Untreue gegenüber seinem Vatererbe verleiten ließ.
Wir tragen die feste Zuversicht und das stolze Gefühl in uns, daß unser bodenständiges und unser abstimmungsberechtigtes echt deutsches Saarvolk allen Vaterlandsverrätern am 13. Januar 1935 die Quittung ausstellen wird.

(Bravo - Rufe)

(Zuruf des Abg. Hey(KP): Es sitzt gerade einer neben Ihnen!)
- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Herr Abgeordneter Hey, ich bitte doch die Zurufe zu unterlassen!

Abg. Martin (DF): fortfahrend:
Getreu dem Willen unseres Führers wollen wir aber auch in dieser schweren Zeit alles vergessen, was uns von unseren noch abseits stehenden Volksgenossen getrennt hat. Wir wollen uns dabei der Worte erinnern, die der Führer auf dem EHRENBREITSTEIN gesprochen hat:

"Wenn aber nun die Stunde kommt, da Sie zurückkehren, werden wir dafür auch in Ihnen nichts anderes sehen, als Deutsche, denen wir die Hand reichen zum Eintritt in das deutsche Vaterhaus. Wir werden in Ihnen keine Partei sehen, werden nicht sehen, was in der Vergangenheit war, sondern werden in Ihnen die 800 000 uns entrissenen Deutschen sehen, die zurückkehren zu uns, und denen wir dann die Tore öffnen, auf dass Sie einziehen in ein festlich geschmücktes Haus, das Ihrer wartet!"

Wir legen Wert darauf, in der letzten Sitzung des Landesrates vor der Abstimmung, deren Ergebnis alle Hoffnungen der Separatisten und Emigranten mit elementarer Wucht zerschlagen wird, nochmals vor aller Welt das Zeugnis abzulegen, daß es nach 16 jährigem Kampf für das deutsche Saarvolk und für uns keine andere Lösung der Saarfrage gibt, als die restlose Rückkehr unserer deutschen Saarheimat zum geliebten deutschen Vaterland.

- Bravo - Rufe -

(Die Fraktion der Deutschen Front verläßt daraufhin unter "Heil"-Rufen den Sitzungssaal.)

L.R. Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Meine Dame und meine Herren! Die Folgen eines Beinbruchs zwingen mich, sitzend zu sprechen. Ich bitte, mich dieserhalb zu entschuldigen.

Es ist von dem Herrn Vorredner der Vorwurf gegen die Regierungskommission erhoben worden, sie habe sich ständig völlig untätig zur Frage der Wohnungsnot verhalten. Ich erinnere demgegenüber an die Gründung des Wohnungsbauverbandes der Gemeinden des Saargebietes. Durch ihn ist die Errichtung von 1800 Häusern mit 2000 Wohnungen ermöglicht worden. Den erforderlichen Kostenaufwand von 40 Millionen Franken hat zum größten Teil die Regierungskommission bereit gestellt. 10 Millionen Franken sind an Zinszuschüssen aus Mitteln der Regierungskommission geleistet worden.

Die Regierungskommission hat weiter die Mittel des Pensionsfonds in Wohnungsbauten angelegt. Auf diesem Wege sind ebenfalls annähernd 1000 Wohnungen errichtet worden. Sie hat schließlich in den letzten Jahren eine Reihe von Millionen Franken bewilligt für Reparaturarbeiten an Wohnungen, die ebenfalls dem Wohnungsmarkt zugute gekommen sind. Eine weitere großzügige Wohnungsbautätigkeit scheiterte an der Schwierigkeit der Geldbeschaffung.

Der Herr Vorredner hat die Auffassung zum Ausdruck gebracht, die Haussuchung bei der Deutschen Front sei eine strafprozessuale Maßnahme gewesen. Aus den mir bekannt gewordenen Verhandlungen des Oberverwaltungsgerichts geht hervor, daß die Anordnung der Haussuchung sich stützt auf die Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, auf Gründe der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Was die Kritik der Maßnahmen der Abstimmungskommission anbelangt, besonders das Flaggenverbot, bemerke ich, daß sich die kritisierten Anordnungen rechtlich stützen auf § 34 des Saarstatuts, der eine Anhörung des Landesrates in den die Abstimmung betreffenden Angelegenheiten nicht vorsieht.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hey!

Abg. Hey (KP): Meine Dame und meine Herren! Es muß wirklich schlecht aussehen in der Deutschen Front, daß diese Leute nicht einmal den Mannesmut aufbringen, um hier im Landesrat sich mit den Gegnern, die sie nach außen hin beschmutzen und besudeln, hier, wo sie die Möglichkeit haben, auf dem Feld der freien Meinungsäußerung, sich mit uns auseinander zu setzen. Es muß wirklich schlecht aussehen um die 98 % der Deutschen Front, und ich glaube, man kann die Situation augenblicklich vergleichen und die Deutsche Front mit den Tagen des Weltkrieges. Damals haben wir auf allen Frontabschnitten gesiegt, wir haben uns totgesiegt. Und wenn nicht alles täuscht, geht es der Deutschen Front im Saargebiet genau so. Wenn der 13. Januar hervorkommt, dann wird es sich herausstellen, daß die Deutsche Front wieder gesiegt hat, bis sie endgültig am Boden liegt. Aber nun eine andere Sache. Zur gleichen Stunde, in der sich der Landesrat zu seiner letzten Sitzung vor der Abstimmung versammelt hat, dröhnen die Straßen des Saargebietes unter den Tritten englischer, italienischer, hlländischer und schwedischer Truppen. Sie wohnen in Saarbrücken und in den anderen Orten des Saargebietes und sind von dem Fahnenwald des Dritten Reiches begrüßt worden. In Dudweiler hatte es sich die Deutsche Front nicht nehmen lassen, nachdem die Truppen ihr Standquartier bezogen hatten, daß sie mit einem Fanfarenmarsch und einem Trommlerkorps von der Hitlerjugend gebegrüßt wurden. Die Deutsche Front hat allerdings auch ein Recht dazu, denn es gibt nichts zu rütteln und zu deuteln an der Tatsache, daß der derzeitige sogenannte Führer des Dritten Reiches anläßlich der Gender Verhandlungen durch den Reichsaußenminister von Neurath ausdrücklich die Besatzung der Saar durch fremde Truppen gebilligt hat, und alle Versuche der Deutschen Front, die Besatzung der Saar für ihre schmutzigen politischen Ziele und ihre niederträchtige nationalsozialistische Hetze zu mißbrauchen, werden angesichts der Tatsache, daß ausgerechnet die Hitlerregierung ihre Zustimmung für die Besatzung der Saar durch fremde Truppen gegeben hat, wirkungslos bleiben. Die Deutsche Front und die Hitler-Regierung ist verantwortlich. Wir haben die Truppen nicht gerufen, weil wir als Einheitsfront uns stark genug fühlen, mit den Terrorbanden der Deutschen Front fertig zu werden. Und Hitler hat sie gerufen und die Deutsche Front und Sie alle, und es ist Euer Werk. Aber vielleicht verrät die Deutsche Front einmal dem Saarvolk, ob der derzeitige Führer auch nur ein Wort darüber gesprochen hat, wann die Truppen das Saargebiet wieder verlassen werden. Hier zeigt sich ganz klipp und klar, daß Hitler und das Dritte Reich das Selbstbestimmungsrecht des Saarvolkes verachten. Was fragen sie danach, was die Werktätigen des Saarvolkes wollen. Der Führer befiehlt, und die Deutsche Front im Saargebiet hat die Schnauze zu halten und alles zu schlucken. Armselige traurige nationale Helden sind es. Noch nicht einmal ein einziges Wort des Protestes hat man gehört Wochenlang hat sich die Deutsche Front-Presse im Saargebiet in einer wüsten nationalistischen Hetze ausgetobt gegen den Plan der Besatzung der Saar durch fremde Truppen, und wir zweifeln nicht daran, daß gerade die Deutsche Front, die Braune Front als die Volksbeglücker versuchen werden, mit einer neuen Hetze gegen das fremde Militär die Massen zu verhetzen. Heuchlerisch vergießt Ihre Presse Tränen über die Anhänger des Freiheitskampfes gegen Hitler, die durch den Status quo-Gedanken, wie sie es ihren Anhängern vorschwindelt, eine ewige Trennung von Deutschland herbeiführen würden. Es sind genug Leute im Saargebiet, die eine ewige Trennung von Deutschland wollen,

nur

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4 I

nur das verschweigen sie begreiflicherweise vor ihren Anhängern, daß sich diese Sorte von Menschen nicht in den Reihen der Einheitsfront befinden, sondern sie sind in den Reihen der Deutschen Front zuf finden. Ehrenmänner der Deutschen Front sind es auch gewesen, die wegen einiger Wagenladungen Pferdemist eine Petition einbrachten, in der sie flehentlich darum baten, doch ja das Saargebiet an Frankreich anzugliedern, weil dann die französische Besatzung und der schöne Pferdemist des Militärs im Lande blieben. Das sind doch wirklich ehrenwerte deutsche Männer. Aber die Leute werden tief beschämt von den Mitgliedern der Deutschen Front. Ich greife aus den hunderten solcher Unterschriften heraus, es zeigen diese eine rührende Vaterlandsliebe, allerdings nicht zu Deutschland, sondern zu Frankreich, als sie am 14.April 1919 einen Brief an Herrn Guilleaume schrieben, indem es unter anderm heißt: Die preußische Verwaltung hat uns stets verachtet, und besonders in diesem Kriege hat sie an uns schwer gesündigt, ohne daß uns bisher Sühne geworden ist. Indem wir hoffen, daß uns Frankreich Gerechtigkeit bringen wird, wiederholen wir unseren Herzenswunsch, französisch zu werden. Alle diese Leute sind heute Funktionäre der Deutschen Front. Wir ersparen es uns hier, die hunderte von Unterschriften von Mitgliedern der Deutschen Front aus allen möglichen Orten des Saargebietes zu verlesen. Wir sind überzeugt davon, daß die Landesratsfraktion und die Mitglieder der Deutschen Front noch niemals so eifrige Leser der Volksstimme sowohl, wie der Arbeiterzeitung gewesen sind, als gerade in diesen Tagen. Aber wir haben uns geirrt, wir glaubten, daß auf unsere Veröffentlichung hin die nationale Seele ins Kochen geraten würde, aber wir geben zu, daß wir uns getäuscht haben. Pirro läßt sich nicht trennen von diesen Leuten. Das bewies der Aufruf, als die Enthüllungen über uns fluteten. Wir finden das ganz richtig. Warum auch solche.Führende Mitglieder waren 1919 schon bereit, die Saar an Frankreich zu verschachern, sie sind jetzt ebenso bereit, die Saar an die braunen Henker des Dritten Reiches zu überliefern. Immer wenn es dem deutschen Volk schlecht ging, sind sie die schlechtesten ihres Volkes gewesen. Schmutzige Verleumdung, Terror sind die Überzeugungsmethoden der Deutschen Front, Brandstifter, Geldschrankknacker, Mörder und Brandstifter gehören zu Euren Besten. Es ist begreiflich, daß die Führung der Deutschen Front sich von ihnen nicht trennen kann noch will. Wir haben volles Verständnis angesichts dieser Tatsache dafür, daß der derzeitige Saarbevollmächtigte Bürckel im Jahre 1923 Separatistenführer und französischer Spitzel gewesen ist.

Aber warum wollen wir in die Ferne schweifen, wenn das Gute so nahe liegt. Herr Peter Kiefer hat es vorgezogen, das Weite zu suchen, anstatt sich zu verteidigen gegen die Anschuldigung, daß er bereits im Jahre 1922 mitgeweiht war, für die Saargewerkschaften mit separatistischem Einschlag zu melden. Hier helfen auch keine Dementis, Herrn Kiefer wird nichts reinwaschen. Kiefer hat damals das Wort geprägt: Für Deutschland ist hier doch nichts zu machen. Und es schadet wirklich nichts, wenn man diese Leute einmal charakterisiert, wie sie sich selbst charakterisiert haben. Und noch vor der Machtergreifung Hitlers schrieb derselbe Kiefer, der heute die Hand nicht hoch genug bekommen kann, am 6.August 1932 im Saarbergknappen einen Artikel über Adolf Hitler. In diesem Artikel heißt es u.a., es ist doch zu schön, davon zu träumen, daß er alle erlösen wird von dem irdischen Übel, er Adolf der Große. Er wird es schon zaubern, daß der Prinz, der General, der Rittergutsbesitzer, der Industriegewaltige, der Generaldirektor, der Kaufmann, der Bauer, der Arbeitslose, der Sozialrentner auf seine Rechnung kommt. Wo heute

noch

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4 1

noch Not herrscht, wird morgen Wohlhabenheit und Glück seinen Einzug halten. Darum schnell die Gesichter gewendet. Es kommt aber noch schlimmer. Jammer und Ekel packen einen, wenn man einerseits den Hunger und das Elend der Massen sieht und andererseits die, die sich in der Pose des verantwortungsbewußten Führers gefallen, dem Volke aber nur mit schillernden Seifenblasen dienen können. Das Erwachen in den Kreisen, die sich jetzt von Seifenblasen bezaubern lassen, wird schon kommen, vielleicht, daß dann dieser oder jener noch soviel Selbstachtung sich bewahrt hat, um sich redlich schämen zu können. Ob Herr Kiefer überhaupt noch einmal Gelegenheit bekommt, um sich zu schämen, das wird ja die Geschichte noch beweisen. Und dieser Kiefer ist es, der heute die Leute, wie Kuhnen und Imbusch, die, wenn sie auch weltanschaulich mit uns nichts gemein haben, doch alte bewährte Kämpfer der Gewerkschaftsbewegung sind, aus der Deutschen Gewerkschaftsfront wegen Landesverrat ausschließt.

Wir glauben, diese Entscheidung- und wir werden alles tun, um sie herbeizuführen- sie wird gegen Hitler ausfallen, der heute, um es milde zu sagen, ein willenloses Werkzeug in den Händen seiner braunen Hintermänner geworden ist, der offen hinarbeitet auf die Auslieferung der Gewerkschaften und ihrer Gelder an die braunen Kapitalsknechte. Das hat nichts mehr mit der Verteidigung der Interessen des deutschen Volkes gemein. Wer wie Kiefer für Hitler ist, der kann niemals auch nur noch eine Stunde darauf rechnen, als ein Verteidiger deutscher Volksinteressen angesehen zu werden, der kann nur darauf rechnen, daß man ihn verachtet, weil er feige und würdelos sich als Werkzeug dazu hergibt, um der Sicherheit seiner eigenen Person wegen, die Interessen der Kumpels zu verraten und zu verkaufen.

Daß einem mit solchen Kämpfern nicht ganz wohl ist, kann man der Deutschen Front nachfühlen. Und so wie Cäsar einst schmerzerfüllt rief" Varus, gib mir meine Legionen wieder", so jammert heute die Deutsche Front " wo sind meine 98 %"? Ja, wo sind sie, die 98 % ? Nicht nur hier an der Saar, sondern auch im Dritten Reich ist der Glaube an den Sieg Hitlers am 13. Januar erheblich gesunken. So schreibt die Nazi "Frankfurter Zeitung" zu Ihrer Beruhigung, meine Herren, sie ist vollständig judenfrei. Ein außerordentlich hoher Prozentsatz der Bevölkerung hat sich zur Mitgliedschaft in der "Deutschen Front" gemeldet. Man kann all diesen Menschen nicht ins Herz, auch nicht in den Stimmzettel schauen."

Zwar ist die Geschichte mit dem hohen Prozentsatz der Mitglieder der Deutschen Front ziemlich aufgeschnitten, aber das muß man sich im Dritten Reich ebenfalls gefallen lassen, aber das andere ist ein Hilfsschrei gegen die Erkenntnis, daß die Wahl im Saargebiet etwas anderes aussehen wird als die Wahlmethoden im Dritten Reich. Die braunen Bonzen schreien, weil sie wissen, daß viele zehntausende von Deutschfrontlern keine Hitler sind, wie Ihr. Weil sie wissen, daß man all diese Menschen hineingepreßt hat unter den wüstesten Drohungen, wie es ihnen für den Fall des Anschlusses an Hitlerdeutschland 1935 ergehen würde, weil man sie sonst erbarmungslos ihrer wirtschaftlichen Existenz beraubt hätte.

Sie haben sich übernommen, meine Herren, und Sie werden diese Methoden am 13. Januar bitter bezahlen müssen. Nicht nur wir, sondern auch diejenigen, welche unter dem Druck und Zwang in die deutsche Front hineingepreßt wurden, werden am 13. Januar mit Hitler Abrechnung halten. Man kann ihnen eben nicht, wie das die Frankfurter Zeitung betrübt feststellt, wie im Dritten Reich, nicht in den Stimmzettel schauen. Daran wird auch nichts geändert durch ihre krampfhaften Versuche, durch Unterschriftensammlung so etwas wie eine Vorabstimmung vorzu-

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4

vorzunehmen. Am 6.Januar werden wir in Saarbrücken sehen, wo das Saarvolk steht. Und Ihr ganzes Siegesgebrüll wird Ihnen nicht das geringste nützen.

Daß die Herren der Deutschen Front sich ihrer Situation selbst sehr klar sind, das beweist uns am besten die Tatsache, daß die Ergebnisse der letzten Völkerbundstagung wochenlang vor den Lesern der Deutschen-Front-Presse zum Teil verschwiegen oder bewußt verfälscht wurden.

Es paßte auch schlecht in Euren Kram, daß die zweite Abstimmung nach dem Sturz Hitlers zur unumstößlichen Wahrheit geworden ist. Darum ließ die Deutsche Front vom 6.Dezember in der Wiedergabe der Erklärung Lavals frech das entscheidende Wort "nicht" weg und schrieb zur zweiten Abstimmung: "Frankreich werde sich dem widersetzen". Wochenlang habt Ihr versucht, Eure Anhänger zu beschwindeln. Noch heute versucht Ihr mit dieser widerlichen Methode Eure Anhänger zu betrügen, doch die "Saarbrücker Zeitung' war gezwungen in der Wiedergabe der letzten Rede Lavals vor dem französischen Senat ungeschminkt zuzugeben, daß die zweite Abstimmung möglich ist. 50 000 Franken hat die Einheitsfront jedem Deutschfrontler zugesagt, der imstande ist, ihr zu widerlegen, daß wir die nackte und reine Wahrheit vertreten haben. Nicht einer hat sich gemeldet. Nicht einmal die Führer der Deutschen Front, die doch sonst nicht so kleinlich sind, wenn es ums Geldverdienen geht. Es hat sich niemand gemeldet, weil jeder weiß, und auch die Herren der Deutschen Front wissen es, daß die zweite Abstimmung eindeutig und feierlich durch den Völkerbundsrat und die Vertreter der einzelnen Mächte dem Saarvolk garantiert worden ist. Die Deutsche Front glaubte besonders schlau zu handeln, daß sie eine Notiz veröffentlichte, in der sie jedem Separatisten - es waren nicht die Clemençeau-Franzosen der Deutschen Front gemeint - 100 000 Franken zusagte, der die Möglichkeit einer zweiten Abstimmung nachweise. Es meldeten sich sofort hunderte von Antifaschisten, doch die Herren bekamen es mit der Angst zu tun. Keiner der Verantwortlichen war zu sprechen, niemand wollte zuständig sein. Es gab zwar viele, die die 100 000 Franken als Beitrag zum antifaschistischen Freiheitskampf dankend entgegengenommen hätten, doch keiner, keiner von den 98 % der Deutschen Front wollte es gewesen sein.

Unser Genosse Arthur Mannbar hat nun, um etwas nachzuhelfen, einen Zahlungsbefehl gegen die Deutsche Front erlassen und so werden die Führer der braunen Lügenfront wenigstens Gelegenheit erhalten, vor Gericht dokumentarisch ihre ganze Verlogenheit bestätigt zu erhalten.

Darüber hinaus fordern wir Antifaschisten Pirro, den Landesleiter der Deutschen Front auf, in einer Einheitsfrontversammlung gegen Fritz Pfordt und Max Braun zur Wahrheit über die zweite Abstimmung zu sprechen.

Herr Pirro wird unumschränkte Redezeit erhalten. Herr. Pirro erhält, weil wir wissen, daß er kein Held ist, hiermit die feierliche Zusicherung, daß ihm in dieser Versammlung kein Haar gekrümmt wird. Herr Pirro kann, wenn er es wünscht, sich von einer Schutzgarde umgeben lassen. Werktätige Deutsch-Frontler, von dieser Tribüne aus wenden wir uns jetzt an Euch. Wenn Eure Führung nicht lügt, wie sie es behauptet, wenn alles so reine Wahrheit ist, wie sie es immer wieder betont, dann muß Herr Pirro diese Einladung zu einer sachlichen Auseinandersetzung annehmen. Deutsch-Frontler, jetzt seht Eurer Führung auf die Finger, fordert überall, daß Pirro sprechen muß. Jetzt hilft kein Mundspitzen mehr, Herr Piro, hier muß gepfiffen werden. Wir wollen nichts weiter als die reine Wahrheit, wir wollen nichts weiter, als daß alle Anhänger der Deutschen Front endlich erfahren, wie sie von

einer

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

266

einer verantwortungslosen Führung verraten und betrogen werden. Wir wollen Ihnen zeigen wie die braunen Agenten Hitlers an der Saar die nationalen Gefühle zehntausender Werktätiger an der Saar unter Berufung darauf, daß sie Deutsche sind und es um Deutschland geht aufs Niederträchtigste mißbrauchen. Oder, es ist etwas anderes, wenn z.B. die zwischen Frankreich und Deutschland, unter dem Vorsitz des Dreierausschusses in Rom gepflogenen Verhandlungen und ihre Vereinbarungen dem Saarvolk als ein Erfolg hingestellt wird? Zunächst sei festgestellt, daß entgegen dem Lügennebel, den die Deutsche-Front-Presse zu verbreiten suchte, die Verhandlungen von Rom einen rein formellen Charakter trugen. Es wurden dort lediglich Vereinbarungen getroffen, die sich mit beiden Fällen, nämlich für den Sieg des status quo oder für den Anschluß an Hitler-Deutschland beschäftigen.

Die getroffenen Vereinbarungen zeigen die ganze Schande und Schmach der Hitlerregierung auf. Nach Danzig und dem polnischen Korridor, die an den polnischen Imperialismus verschachert wurden, nach der Billigung der Unterdrückung der Deutschen Südtirols durch Mussolini und der Sudetendeutschen durch die tschechoslavakische Bourgeoisie, hat sich Hitler nunmehr in Rom bereit erklärt, auch das Saarvolk zu den schmählichsten Bedingungen zu verschachern, wenn es ihm nur irgendwie gelingt, einen Anschluß der Saar an das Dritte Henkerreich durchzusetzen.

Wir stellen fest: Eine Milliarde soll an Frankreich für den Fall des Anschlusses an Hitlerdeutschland in bar gezahlt werden und zwar gezahlt werden aus den Taschen der werktätigen Sparer, deren Sparkonten beschlagnahmt und in schlechte deutsche Reichsmark umgetauscht werden sollen. Zur gleichen Zeit aber sichert der Prozentpatriot und Kriegslieferant für Frankreich, Röchling, seine Frankenguthaben im Lande des Erbfeindes, indem er als vorsichtiger Mann heute schon den Bau neuer Werke in Frankreich in Angriff genommen hat.

Neue Schächte werden abgeteuft, die Arbeitslosigkeit wird beseitigt werden. So verkündete es noch am 26.August in Zweibrücken der Reichslügenminister des Dritten Reiches, Dr.Goebbels. Derselbe Dr.Goebbels, der im Oktober in einer Rede im Berliner Sportpalast den enttäuschten Anhängern der Nationalsozialisten ins Gesicht schleuderte:" Wir haben nie materielle Versprechungen gemacht." So haben sie das deutsche Volk belogen, so belügen sie heute das Saarvolk, um es in ihre braune Falle zu locken.

Wir stellen fest: Hitler hat den Warndt an Frankreich verschachert. Elf Millionen Tonnen Kohlen soll Frankreich in 5 Jahren unentgeltlich aus den Warndtgruben herausholen dürfen. Das sind eineinhalb Milliarden Franken. Insgesamt also zweieinhalb Milliarden, d.h. pro Kopf der Saarbevölkerung eine Belastung von 5200 Fr. in einem Jahr.

Hitler macht die Rechnung ohne den Wirt. Ohne das Saarvolk. Niemand an der Saar hat ihn zu diesem Schachergeschäft beauftragt. Niemand ist gefragt worden. Nicht einmal Ihr Bonzen von der Deutschen Front durftet auch nur ein Wort mitreden. So wird von den braunen Verderbern Deutschlands das Recht der Selbstbestimmung des Saarvolkes mit Füßen getreten.

Schlimmer als Versailles sind diese Verpflichtungen, das mußten selbst die Zeitungen der Deutschen Front zugeben, als sie den Artikel der amtlichen deutschen diplomatischen Korrespondenz zum Abdruck brachten, in dem offen zugegeben wurde, daß die Opfer, die die Verhandlungen von Rom dem deutschen Volke bringen, weil über das Ausmaß der Versailler Verpflichtungen hinausgingen. Keine Regierung vor Hitler hat das deutsche Volk

einer

L A Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

so schamlosen, niederträchtigen, volksverräterischen, nationalen Erniedrigung ausgeliefert als gerade diejenige , die den Rathenau-und Erzbergermördern ein Denkmal setzte.

Doch ein Ergebnis haben die Verhandlungen von Rom gebracht,die das ganze Lügengeschwafel der Deutschen Front Presse schlagend widerlegen.

Wir stellen fest:daß im Falle des Sieges des status quo das Dritte Reich gezwungen wird, den Rentnern an der Saar ihre ungekürzten Renten weiterzuzahlen. Damit brechen die Erpressungsversuche der Deutschen Frontbonzen an Zehntausenden von Rentnern, Witwen und Waisen kläglich zusammen. Da die Überzeugungskraft fehlt, haben sich die mit Banditenmethoden arbeitenden Führer der Deutschen Front nicht geschämt, diesen Ärmsten der Armen damit zu drohen, daß, wenn sie nicht für Hitler stimmten, sie nicht mehr auf eine Auszahlung ihrer Renten zu rechnen hätten. Jetzt wissen es alle. Ihre Renten sind feierlich garantiert, mehr noch, stimmen sie für Hitler, so stimmen sie für einen brutalen Raub ihrer Unterstützungen, stimmen sie für den status quo, so erhalten sie sich ihre ungekürzten Rentenzahlungen.

Ist es ein Wunder, wenn bei dieser Entwicklung die Katastrophenstimmung in der Deutschen Front immer breitere Kreise erfaßt ? Alle wissen es, alle sehen es und der 6.Januar wird ein weithin leuchtendes Fanal sein, daß unter den siegreichen Fahnen der marschierenden Einheitsfront das ganze Saarvolk bei allem, was die einzelnen früher in ihren Interessen getrennt haben mochte, vereint sich sammelt gegen den einen Feind:Hitler.

Alle, ob Arbeiter, Bauer oder Mittelständler, sammeln sich ohne Unterschied ihrer Weltanschauung, weil immer stärkere Massen verstehen, daß das Dritte Reich eine Katastrophe für alles ist, was den Namen werktätig trägt. Hitlers Politik und die wahren Interessen Deutschlands sind miteinander unvereinbar. Sie, die Führer der Deutschen Front sprechen vom deutschen Volk und sind in Wirklichkeit seine schlimmsten Feinde. Sie wollen das deutsche Saarvolk genau so unfreien und knechtigen Bedingungen ausliefern wie die, unter denen das deutsche Volk heute leidet. Getreu der Schule der braunen Reichstagsbrandstifter, getreu dem verbrecherischen Handwerk der Hindenburgschen Testamentfälscher wollen sie jetzt versuchen mit ähnlichen Methoden zu erpressen, was sie mit Überzeugung nie fertig bringen würden: Einschüchterung des Saarvolkes, um es so für eine Stimmabgabe für den Anschluß an Hitler zu bewegen. Als Vertreter der Kommunistischen Partei übernehme ich die volle Verantwortung für das, was wir in dieser Landesratssitzung enthüllen über die nächsten Provokationspläne der Deutschen Front.

Hört es,Ihr Werktätige an der Saar, mit welchen Verbrechermethoden, mit welchem politischen Banditentum ihr aufs neue betrogen werden sollt. Hiermit übergeben wir dem Saarvolk auf daß es selber richte, die Enthüllungen über die nächsten Pläne der Führer der braunen Kapitalsfront.

Wir stellen fest: Die Deutsche Front beabsichtigt: SA-Leute sollen sich als Antifaschisten ausgeben und die auswärtigen Truppen provozieren. So sollen die fremden Soldaten auf die Arbeiter und Werktätigen der Saar gehetzt werden. Solche Schandpläne werden an der eisernen Disziplin der werktätigen Massen zerschellen.

Nach sicheren Informationen sind weitere Überfälle durch die Deutsch-Frontler geplant. Dabei wollen sie selbst vor bekannten Persönlichkeiten keinen Halt machen. Auch diese beabsichtigte Schandtat sollte dann den Antifaschisten in die Schuhe geschoben werden.

Demselben niederträchtigen Zweck sollen weitere Terror- und Sabotageakte dienen.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 113
A4

268

Um die katholische Bevölkerung, die in großen Massen sich bereits für den status quo entschieden hat, wieder zurückzureißen sind Überfälle auf Laien und Geistliche geplant, die ebenfalls den Antifaschisten zugeschoben werden sollen.

Weiter enthält der saubere Plan getarnte Überfälle auf Deutsch Frontführer, um so die Volksseele ins Kochen zu bringen und die wahren Terroristen als verfolgte unschuldige Lämmer hinzustellen.

In den letzten Tagen vor der Abstimmung ist beabsichtigt, eine gefälschte Liste von Übertritten aus der antifaschistischen Front zur Deutschen Front zu veröffentlichen. Mit Hilfe des Rundfunks des Dritten Reiches hofft man die Massen zu täuschen und zu verwirren.

Das sind so die hauptsächlichsten Bomben aus dem Teufelskonzert, das die Deutsche Front vorbereitet. Schweigen wir davon, daß u.a. in dem Plan auch vorgesehen ist ein gefälschter Aufruf der Führer der Einheitsfront, in dem aufgefordert werden soll, für Hitler zu stimmen.

Meine Herren von der Deutschen Front, Ihnen wird das Brandstifterhandwerk nicht so einfach werden. Die Presse der Deutschen Front schreibt täglich von der Ruhe und Ordnung, die im Dritten Reich herrschen. Und heute meldet die gesamte Deutsche Front Presse eine zweite große Säuberungsaktion in Gang. Das Abendblatt schreibt, das habe mit Politik nichts zu tun. Man kennt die Vorfälle vom 30. Juni. Hier handelt es sich nicht um moralische Dinge, sondern das ist nichts anderes als das Zeichen der tiefen und schweren Krise, in welcher sich das Hitlerregime befindet. Der Reichswehrminister v. Blomberg hat mit Billigung des Führers erklärt, daß nur eine Organisation der Waffenträger sei, und das sei die Reichswehr. Immerhin muß man sagen, daß das Soldatenspiel der Sa und SS mit Gefahr verbunden ist. Weiter meldet man, daß der Breslauer Polizeipräsident Pfeffer uam. erschossen worden sind. Gestern meldet das Abendblatt, daß der Polizeipräsident Brückner einen Nervenzusammenbruch erhalten habe. Wir kennen die Mißhandlungen. Die Bonzen-Clique der Hitler-Göring-Goebbels. So sieht das Programm der Nationalsozialisten aus. Will das Saarvolk leben, dann muß Hitler eine Niederlage erleiden und er wird sie erhalten. Wir wollen nicht, daß das deutsche Volk uns verflucht, wir wollen nicht, daß das deutsche Volk mit dem Finger auf jeden zeigt, weil er geholfen hat, dieses System von Blut, Not und Qual und Massenelend zu verlängern. Wir hören den Ruf unserer Brüder im Reich und geloben, auch das Letzte für den Kampf um unsere Freiheit, für Deutschland, gegen Hitler, einzusetzen.

Wir rufen das ganze schaffende Volk an der Saar zur Riesen-Heerschau am 6. Januar in Saarbrücken auf. Der 6. Januar wird zeigen, wo die Sieger des 13. Januar stehen. Der 6. Januar wird ein weiterer wuchtiger und entscheidender Nagel zum Sarg der Deutschen Front sein.

Deutsch sein, Ihr braunen Handlanger, das heißt für die Freiheit und für das Volk kämpfen, deutsch sein, heißt, sein Volk wahrhaft zu lieben und nicht zu helfen, ihm Fesseln anzulegen.

Darum heraus am 6. Januar nach Saarbrücken für die Freiheit, gegen die Knechtschaft, für den Frieden, gegen den Krieg für Deutschland, gegen Hitler.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Detjen!

Abg. Detjen(KP): Meine Dame und meine Herren! Die heutige Vollversammlung des Landesrates hat sich erneut mit der Begutachtung des Verordnungsentwurfes betreffend:

Regelung des Wohnungswesens

zu befassen. Die Kommunistische Fraktion, die in allen Plenartagungen den Standpunkt der Beibehaltung der Wohnungszwangswirtschaft vertrat, kann auch heute, angesichts der Wohnungsverhältnisse der werktätigen Schichten, die sich zu einer ungeheuren Wohnungskatastrophe entwickelt haben, keinen anderen Standpunkt vertreten.

Wie sieht es nun in Hitlerdeutschland und im Saargebiet aus?

Nicht nur, daß Millionen Arbeitslose und Sozialrentner ihre Mieten nicht mehr zahlen können, sondern drei Viertel aller noch in Beschäftigung stehenden Arbeiter, Angestellte und untere Beamte sowie die Kleingewerbetreibenden leiden unter den elenden Wohnverhältnissen. Bisherige Bewohner von Großwohnungen ziehen in mittlere, Inhaber von mittleren Wohnungen in Kleinwohnungen. Zugleich drängen sich in Mietskasernen die Proletarierfamilien zusammen oder werden massenweise exmitiert und in alten Eisenbahnwagen, Holz-oder Blechbaracken, alten Kasernen, Pferdeställen und stillgelegten Fabriken menschenunwürdig untergebracht.
Obwohl 1,5 Millionen Wohnungen fehlen, ist durch die Notverordnungspolitik und Gewaltmaßnahmen von Papens und Hitlers der Wohnungsbau fast völlig gedrosselt. Hunderttausende Familien hausen an den Stadträndern in Wohnlauben und Baracken. Der Abbau des Mieterschutzes fördert diese Balkanisierung des Wohnwesens. Das faschistische Dritte Reich erfüllt nicht die versprochene wichtige sozialpolitische Aufgabe, die Bevölkerung mit gesunden Wohnungen zu versorgen. Die Deutsche Front war sich in ihrer Stellungnahme, wenn es galt, die kapitalistischen Belange der Hauspaschas zu vertreten, stets bewußt. Herr Schmoll, einer der Millionäre der Deutschen Front, Vorsitzender des Haus-und Grundbesitzervereins, vertrat in der Öffentlichkeit immer die Auffassung, als ob überhaupt keine Wohnungsnot mehr bestände, indem er die Zahl der vorhandenen Wohnungen der Zahl der bestehenden Ehen gegenüberstellte. Daß diese Rechnung nicht stimmt, geht allein aus der Tatsache hervor, daß durch die Opfer des Weltkrieges und die traurigen Wirtschaftsverhältnisse es ca. zwei Millionen Haushaltungen mehr gibt, als bestehende Ehen.
Die Neubauwohnungen wurden in der Hauptsache von sogenannten "gemeinnützigen Gesellschaften", Baugenossenschaften oder von den Gemeinden selbst errichtet. Alle diese Wohnungsunternehmungen haben mit den Grundstücken und mit dem Bau der Häuser selbst riesige Spekulationen getrieben, sodaß die Mieten für die Neubauten unerschwinglich hoch sind. Diese teuren Neubaumieten haben bewirkt, daß die Werktätigen nicht in die Neubauten ziehen können. Die hohen Neubaumieten mußten durch städtische Zuschüsse verbilligt werden, weil die durch den Hauswucher verteuerten Wohnungen unvermietbar geblieben wären. Trotz dieser Zuschüsse sind die Mieten für Minderbemittelte unerschwinglich. In einer schlimmen Lage befinden sich auch die Siedler, die durch eigene Mitarbeit und ihre Spargroschen sich ein eigenes Haus errichtet haben. Durch die unerhörte Senkung der Löhne und Gehälter sind diese Siedler nicht mehr

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4 I

270

mehr in der Lage, die Zinsen aufzubringen, sodaß sie ihr Heim verlieren. Durch hohe Zinslasten und dadurch, daß die Mieter keine Miete zahlen können, ist diesen kleinen Neubaubesitzern die Erhaltung des Hauses unmöglich gemacht. Zwangsversteigerungen und Pfändungen sind an der Tagesordnung.
Hohe Mieten - Lohn-und Gehaltsabbau - Betrogene Neubaumieter-Verarmung und Elend, das ist die große Erfolgspolitik des Dritten Reiches im Zeichen der sogenannten Volksgemeinschaft unter Führung des Ausländers Adolf Hitler, ist aber auch die Grundlage auf der die Deutsche Front an der Saar marschiert, um das werktätige Saarvolk ebenfalls in Not und Elend und unter die Gewalt der faschistischen Henker Hitlerdeutschlands zu führen. Nur allein die Deutsche Front hat es mit Hilfe der gleichgeschalteten braunen Kommunalverwaltungen des Saargebietes zu Wege gebracht, daß auch im Saargebiet die Wohnungsverhältnisse unhaltbar geworden sind. Schamlos und niederträchtig treibt die Deutsche Front nach dem Muster der braunen Reichstagsbrandstifter ihr arbeiterverräterisches Spiel.
Die Wohnungsverhältnisse der Stadt Saarbrücken als Beispiel herausgegriffen, bieten dank der Politik der Deutschen Front ein trostloses und elendes Bild. Nach dem Stand des 3.12.1934 laut Bericht des städtischen Wohnungsamtes liegen allein aus Alt-Saarbrücken, Malstatt-Burbach und St.Johann 1037 Räumungsurteile vor. Die Zahl der Obdachlosigkeit hat sich vom Jahre 1933 mit 670 obdachlosen Familien, im Jahre 1934 auf 1467 obdachlose Familien gesteigert. Trotz der katastrophalen Wohnungsverhältnisse der Stadt Saarbrücken brachte die Deutsche Hungerfront anläßlich der Etatberatungen der Stadt den traurigen Mut auf, im Interesse der Kapitalisten, die Summe von 1,2 Millionen Franken, die zur Behebung der Wohnungsnot eingesetzt war, zu streichen, um diese Summe für die eingesetzten Riesengehälter Neikes und Genossen (Mitglieder der Deutschen Front) oder für andere kapitalistische Belange verwenden zu können. Es kümmerte die Deutsche Front nicht, daß nachgewiesen wurde, daß Lungenkranke mit Gesunden in einem Schlafzimmer die Nacht verbringen müssen,oder daß beispielsweise Fälle vorhanden sind, in denen elf erwachsene Menschen beiderlei Geschlechts in einem Zimmer hausen müssen. Für die Deutsche Front galt es als echte hündische Knechtesseelen nur Gehorsam vor den faschistischen Herrenmenschen.
Was kümmert die Deutsche Front Hunger - Not-Entbehrung und Elend der unteren und mittleren Schichten der Bevölkerung, wenn es auf der anderen Seite gilt, die Belange der Groß=industrie und der faschistischen Gewaltherrscher zu vertreten.
Angesichts dieser Tatsachen fordern wir als Kommunisten Wiedereinführung der Wohnungszwangswirtschaft für das gesamte Saargebiet.

Unsere Anträge lauten:

1) Entschädigung der durch den Zusammenbruch der Neunkirchener Volksbank geschädigten kleinen Sparer.

Begründung:

Durch den Zusammenbruch der Neunkirchener Volksbank sind viele Kleingewerbetreibende, Werktätige und Mittelständler um ihre sauer ersparten, daselbst eingelegten Gelder gebracht worden.

Die Kommunistische Fraktion fordert eine volle und zufriedenstellende Entschädigung aller oben angeführten Betroffenen durch die Regierung.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4 1

2) Der Landesrat möge beschließen, die Regierung wird aufgefordert, folgenden Anträgen Gesetzeskraft zu verleihen:

a) Steuereinschätzung nach dem wirklichen Wert des Bodenertrages, Steuerfreiheit für die Kleinbauern, Herabsetzung der Steuern für die Mittelbauern auf ein erträgliches Maß.

b) Sofortige Aufhebung der Schlachtsteuern, Herabsetzung der Gebühren für die Fleischbeschau.

c) Volle Vergütung der durch Seuchen entstandenen Schäden.

d) Bereitstellung von staatlichen Mitteln zur Entschuldung der werktätigen Bauern.

e) Herabsetzung der hohen Zinslasten und Pachtgebühren.

f) Sofortige Einstellung und Verbot jeglicher Zwangsversteigerung gegen werktätige Bauern.

g) Einbeziehung der landwirtschaftlichen Knechte und Mägde in die Sozialversicherung. Bezahlung der Versicherungsgebühren der Kleinbauern durch den Staat.

h) Herabsetzung der Gebühren für Licht und Kraft, Beseitigung der Zählermieten.

i) Auszahlung der Jagd-und Fischereigebühren.

j) Herabsetzung der Mindesttaxe bei Holzversteigerung.

k) Öffentliche Abstimmung in allen Gemeindeangelegenheiten.

---

3) Freilassung aller in Deutschland inhaftierten Saarländer.

<u>Begründung:</u>

In Deutschland wurde eine ansehnliche Zahl abstimmungsberechtigter Saarländer verhaftet und ins Konzentrationslager bezw. Gefängnis eingeliefert, soweit sie nur unter dem Verdacht stehen, Gegner des Hitlerregimes zu sein.

Die Kommunistische Fraktion fordert von der Regierungskommission sowie von der Abstimmungskommission, sofort alle nur möglichen Schritte einzuleiten, um die Freilassung aller abstimmungsberechtigten Saarländer herbeizuführen.

LR Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

4) Unentgeltliche Streuentnahme aus den staatlichen Forsten.

Begründung:
Durch die schlechte Heuernte dieses Jahres sind die Klein-und Mittelbauern in die Zwangslage versetzt, zur Erhaltung ihres Viehbestandes das zur Streu notwendige Stroh zu verfüttern.
Die Kommunistische Fraktion fordert deshalb, den Klein-und Mittelbauern die unentgeltliche Entnahme von Laub, Moos, Ginster, Heidekraut sowie Fichtennadelstreu aus den staatlichen Forsten.

---

5) Auszahlung einer einmaligen Sonderbeihilfe für alle Erwerbslosen, Ortsarme und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger.

Begründung:
Durch die Verordnung der Regierungskommission betr. die Finanzen der Gemeinden ist es den Gemeinden verboten, neben den laufenden Unterstützungen eine Sonderbeihilfe zu gewähren.
Die Kommunistische Landesratsfraktion fordert deshalb eine Sonderbeihilfe auf Kosten der Regierung. Es erhalten die Erwerbslosen, die Wohlfahrtsempfänger, die Invaliden, die Knappschaftspensionäre, die Leistungsempfänger aus öffentlichen oder betrieblichen Pensionskassen, die Unfallrentner, die Kurzarbeiter sowie alle anderen Personenkreise des verarmten Mittelstandes, sofern das monatliche Einkommen den Betrag von 600 Franken nicht übersteigt, einmal 30 Ztr. Kohlen bezw. Holz in demselben Heizwert, wobei auch Ledige mit eigenem Haushalt zu berücksichtigen sind. Ferner für alle Unterstützungsempfänger eine einmalige Auszahlung in Höhe von 180 Franken zur Beschaffung von warmer Winterkleidung und Schuhwerk. Ferner ab 1.Dezember bis 30.April monatlich 1 Zentner Kartoffeln.

---

6) Sonderunterstützung für die von der Schweineseuche befallenen Ortschaften und durch die Krankheit geschädigten Schweinezüchter.

Begründung:
Die Kommunistische Fraktion fordert, daß alle Geschädigten durch Mittel der Regierung betreut werden. Die Höhe der Entschädigung muß sich nach dem erlittenen Schaden richten und darf nicht 50 % unter dem Verlustwert liegen.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

273

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri!

Abg. Petri (SP(): Meine Dame und meine Herren! Der Verordnung betreffend

Wohnungswesen

stimmen wir zu.

Wir beantragen auch, den Geltungsbereich der Verordnung auch auf die Gemeinden auszudehnen, in denen die Wohnungsnot noch stark vorherrscht. Die Wohnungszwangswirtschaft wird zurzeit noch in der Stadt Saarbrücken und in den Gemeinden Ludweiler und Altenkessel aufrecht erhalten. In einer Reihe anderer Gemeinden sind die Zustände im Wohnungswesen nicht besser als dort, wo die Zwangswirtschaft noch besteht. In der Stadt Neunkirchen ist die Zwangswirtschaft seit 1.April ds.Js. aufgehoben. Seitdem hat sich der Wohnungsmarkt bedeutend verschlechtert. Die Mieten sind gestiegen, viele Hausbesitzer üben an den Mietern ihre Willkür nur so aus. Besonders der Gesinnungsterror gegen viele Mieter hat bedauerliche Formen angenommen. Tausende von Fällen können angeführt werden, wo nationalsozialistische eingestellte Hausbesitzer, die linksgerichteten oder dem christlichen Volksbund angehörenden Mieter aus den Wohnungen verdrängt haben oder noch verdrängen wollen. Räumungsklagen sind die meisten Verhandlungstermine beim Amtsgericht Neunkirchen. In 70 Fällen seit 7 Monaten mußte die Polizeiverwaltung die exmittierten Familien wieder einsetzen oder notdürftig unterbringen. Die 42 000 Einwohner zählende Stadt Neunkirchen verfügt über 10 500 Wohnungen, davon sind 320 Kellerwohnungen, 2200 Dachwohnungen, die nicht den polizeilichen Bestimmungen entsprechen. Davon sind mehr als 1000 in einem Zustand, daß sie nicht als menschenwürdige Wohnungen angesprochen werden können. Hundert Wohnungen befinden sich noch in alten Kriegsbaracken, die dem Zerfall bereits überliefert sind.
In den Drucksachen des Bürgermeisters von Neunkirchen an die Stadtverordneten, hat derselbe am 3.Oktober 1934 betreffend Notwohnungen folgendes bereichtet:
Die Wohnungszwangswirtschaft ist am 1.April aufgehoben worden. In dem verflossenen Halbjahr hat sich ein Ausgleich auf dem Wohnungsmarkt noch nicht eingestellt. Das Wohnungsamt hat in 53 Fällen eingreifen müssen. Es ist ein Unding, den Zustand der polizeilichen Zwangseinsetzung zu einem dauernden und damit rechtskräftigen Gerichtsurteil illusorisch zu machen. Es bleiben zwei Wege: erstens Wiedereinführung der Zwangswirtschaft, zweitens Erstellung von Notwohnungen. Das ist ein amtlicher Notruf. Zurzeit sind in der Stadt Neunkirchen die Erstellung von 1500 Kleinwohnungen ein dringendes Bedürfnis. Dazu fehlt das notwendige Kapital. Solange dieser weitere Wohnraum nicht beschafft werden kann, ist die Wohnungsnot nicht beseitigt. Wohnungsnotstand kann jedoch nur mit gesetzlicher Zuteilung und Schutzbestimmungen in gemeinnützigem Sinne behoben werden. Deshalb muß für diese Städte und Gemeinden die Wohnungszwangswirtschaft solange bestehen bleiben, bis die Wohnungsnot endgültig behoben ist. Zum allermindesten müßten die Vorschriften über Mietpreise und Mieterschutz in diesen Gemeinden aufrecht erhalten werden, um den schutzlosen Mietern einen gesetzlichen Halt zu geben. Wir unterbreiten deshalb der Regierungskommission einen diesbezüglichen Antrag:

Die

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4 1

" Die Regierungskommission wird ersucht, die Verordnung betreffend Wohnungswesen auch in den Gemeinden einzuführen, in welchen sich seit Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft die Wohnungsverhältnisse verschlechtert haben."

In der Stadt Neunkirchen findet die Verordnung seit 1.4.34 keine Anwendung mehr. Seitdem sind die Wohnungsverhältnisse viel trostloser geworden, die Mieten immer mehr gesteigert worden, die Räumungsklagen und Gerichtsurteile haben viele Mieter in eine verzweifelte Lage gebracht, der Stadtverwaltung große finanzielle Belastungen auferlegt und polizeiliche Maßnahmen gebracht, die Räumungsurteile erforderten. Diese Zustände rechtfertigen die sofortige Anwendung der Wohnungsverordnung auch in der Stadt Neunkirchen.

Herr Martin hat heute morgen eine energische Abrechnung mit dem Völkerbundsrat gehalten. Die Entscheidungen des Völkerbundsrates in seiner letzten Tagung sind den Deutsch-Frontlern in die Knochen gefahren. Die militärische Besetzung besonders bedrückt die Deutsche Front. Am liebsten möchten sie offen rebellieren, denn die Konsequenzen sind auch der Deutschen Front zu heikel, deshalb gibt sie heuchlerische Loyalitätserklärungen ab. Die Loyalität des Militärs zeigt bereits gute Resultate. Beweis dafür ist ein Konzert der englischen Militärkapelle in Neunkirchen am letzten Sonntag, zu dem der Bürgermeister der Stadt Neunkirchen eingeladen hatte und wozu sich tausende der Bevölkerung eingefunden hatten. Herr Martin sucht einen Schuldigen, der das Militär hierher gebracht hat. Der Schuldige sitzt in den Reihen der Deutschen Front. Das ist die Deutsche Front insgesamt. Wir haben nie Militär verlangt, wir waren diejenigen, die das Militär, das von 1919 - 1929 im Saargebiet drin war, herausgebracht haben. Wir können es mit auf unser Konto setzen, daß das erfolgt ist, und wir haben immer zu jeder Zeit den Standpunkt vertreten, daß uns Militär in dieser großen Frage nicht helfen kann. Wenn das Verhalten der Deutschen Front mit ihren Methoden den Elefant im Porzellanladen abgegeben hat und hat alles zerschlagen, was an Ordnungsgrundlagen noch vorhanden sein konnte, so muß sie sich das auf ihr Konto buchen. Wenn der Präsident Knox von der Deutschen Front gelehrt wurde, daß ihre anmaßenden Methoden den Terror gegen die andersdenkende Bevölkerung jetzt schon in die Tat umzusetzen, so mögen sie sich bei dem Herrn Präsidenten Knox darüber beschweren, er hat ihnen mit seinen Denkschriften an den Völkerbund die Antwort gegeben. Die Schuldfrage des Militärs wird sich ja auch vielleicht in der weiteren Geschichte des Saargebietes noch herausstellen.

Herr Martin sagte auch, bestochene Elemente befänden sich unter den Leuten, unter den Menschen, die im Saargebiet für den Status quo eintreten. Soviel steht heute schon fest, daß noch zu keiner Zeit eine solche Korruption in Erscheinung getreten ist, als wie sie heute in der Deutschen Front und in dem ganzen deutschen Reichsregime besteht. Wir als Anhänger der deutschen Freiheit fühlen uns als unbestochen, wir sind dieselben, die alt geblieben, haben an unserer Gesinnung festgehalten und werden sie festhalten bis zur letzten Konsequenz als Sozialisten mit ihrem Deutschtum fest eingerammt, eingestellt gegen jeden, der das Deutschtum schändet. Wir erklären uns nicht identisch mit dem Völkerbund, der in Berlin herrscht, sie sind für uns keine Deutschtumsvertreter. Adolf Hitler ist für uns kein Deutscher, Rosenberg ist für uns kein Deutscher, Rudolf Heß ist für uns kein Deutscher, und Darré, der Argentinier ist für

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4 I

für uns auch kein Deutscher. Wir wahren unser Deutschtum. Wir wahren unser Deutschtum nach den freien, gerechten und charakterfesten Grundsätzen in der Weise, wie wir es in der Vergangenheit bewiesen haben.

Herr Präsident, ich habe noch eine Anfrage an den Herrn Staatskommissar:

"Der Völkerbundsrat hat in seiner Tagung im Dezember 1934 wichtige Entscheidungen für die Geschicke der Saarbevölkerung getroffen.

Von der Regierungskommission ist bis jetzt eine amtliche Kundmachung dieser Entscheidungen des Völkerbundsrates nicht erfolgt.- Ist zu erwarten, daß die Regierungskommission noch vor dem 13.Januar 1935 diese amtliche Kundmachung erläßt ?

Ist zu erwarten, daß diese Kundmachung in amtlicher Plakatierung und als amtliche Auflage durch sämtliche Zeitungen des Saargebietes der Bevölkerung bekannt gegeben wird?

taatskommissar Kuchenbecker: Ich bin nicht in der Lage eine Auskunft zu erteilen, da mir der Antrag erst heute mitgeteilt wird.

bg. Petri(SP): Ich ersuche den Herrn Staatskommissar, uns noch heute eine Antwort auf die Anfrage mitzuteilen.

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lieser!

Abg. Lieser (SP): Meine Dame und meine Herren! Es ist nicht das erstemal, daß wir hier in diesem Hause vor leeren Bänken der sogenannten "Deutschen Front" sprechen müssen. Die "Deutsche Front" hat es, wie es vorauszusehen war, auch heute wieder vorgezogen, ihre Erklärung abzugeben und aus diesem Hause zu verschwinden. Wir haben bisher immer von einer "sogenannten Deutschen Front" gesprochen, und daß wir recht hatten, beweist die heutige Sitzung, beweist uns die heutige Bestätigung durch diese sogenannte "Deutsche Front" selber. Es mag dies vielleicht eine neue deutsche Art sein, den Gegner zu beschimpfen, zu verleumden und dann abzuhauen. Aber, meine Dame und meine Herren, mutig und wirklich deutsch ist es nicht. Das möchte ich hier ausdrücklich feststellen. Ich muß annehmen, daß die sogenannte Deutsche Front heute aus dieser Sitzung deshalb ausgerückt ist, weil sie, wie sie schon öfters gesagt hat, nicht mehr weiter mit Landesverrätern verhandeln wolle. Der Abgeordnete Martin sprach auch von Landesverrätern, die am 13.Januar 1935 die Antwort erhalten würden. Einen Protest des Präsidenten gegen die Art und Weise, wie man gegen uns spricht, habe ich nicht gehört. Ich muß also annehmen, daß auch das Präsidium des Landesrates der Meinung ist, daß wir Landesverräter sind, obwohl eine Verordnung der Regierungskommission bezw. Abstimmungskommission besteht, wonach man niemanden einen Landesverräter nennen darf, der eine andere Überzeugung hat. Wir protestieren gegen diese Art und Weise, wie man hier versucht, andersdenkende Deutsche als Landesverräter zu bezeichnen.

Der heutige Auszug der sogenannten "Deutschen Front" fällt in einen sehr wichtigen Zeitabschnitt. Ich meine damit nicht den Zeitabschnitt eines zweiten 30.Juni, wie er sich zurzeit drüben im "Dritten Reich" vollzieht, sondern ich denke in diesem Augenblick an eine Situation, die wir im Dezember 1916 erlebt haben. Auch damals hatte man die Manieren gesehen, die heute die sogenannte "Deutsche Front" zeigt. "Im Gefühl des Siegers bieten wir Euch den Frieden an" hieß es damals, und wir können feststellen, daß die Herren von der "Deutschen Front" auch heute im Gefühl des Siegers angetreten sind in einer Weise, wie wir das seit 1916 nicht mehr beobachtet haben.

Der Abgeordnete Martin war nicht gut auf die Regierungskommission zu sprechen. Das ist begreiflich in der heutigen Situation. Es hat einmal eine andere Zeit gegeben, und da war der Abgeordnete Martin anderer Meinung, ebenso seine Freunde, und ich meine, das beweisen die 52 katholischen Kirchen, die während den 15 Jahren, in denen die Regierungskommission im Saargebiet ist, hier gebaut worden sind.

Also, es ist begreiflich, wenn diese Leute hier in der letzten Situation gegen die Regierungskommission wettern, aber aufgefallen ist uns doch, daß eine so gewaltige Kritik an dem Völkerbund geübt worden ist, und die übrigen Genossen von der "Deutschen Front" haben freudig dieser Kritik zugestimmt. Ich habe z.B. den Abgeordneten Schmelzer beobachtet, wie freudig er mit all dem einverstanden war, was gegen den Völkerbund gesagt wurde. Der Abgeordnete Schmelzer hat schon einmal den Tag gefeiert, wo es das 25.Mal gewesen ist, daß er zum Völkerbund gepilgert war.

Es hat so den Anschein, als wollten die Herrschaften Abschied nehmen von einem Völkerbund, weil sie die innere Auffassung haben, daß nach dem 13.Januar 1935 für sie als

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

als Delegation beim Völkerbund kein Platz mehr ist.

Der Abgeordnete Martin hat auch davon gesprochen, daß der Weihnachtsfrieden von den "Separatisten" gebrochen worden sei. Der Abgeordnete Martin hat aber vergessen zu sagen, wo dieser Weihnachtsfrieden angeblich gebrochen worden ist. Es genügt nicht, sich hinzustellen und zu sagen: "Ihr habt den Weihnachtsfrieden gebrochen", sondern er muß dann auch sagen, wo wir ihn gebrochen haben. Wir sind bereit, nachzuweisen, daß von seiten der "Deutschen Front" dieser Weihnachtsfriede gebrochen wurde, nicht allein durch das "Saarbrücker Abendblatt", das noch schnell die letzten Stunden benutzt hat, um die Gegner zu verleumden, sondern auch durch die Gesangvereine. Diese haben die Tätigkeit der "Deutschen Front" während der Weihnachtsfeiertage übernommen und die getarnte SA hat sich nicht gescheut, in einzelnen Orten des Saargebietes in der Christnacht anzutreten und den Weihnachtsfrieden zu stören. Der Abgeordnete Martin hat auch von dem Attentäter Baumgärtner gesprochen, er hat zwar gesagt, „er geht uns nichts an". Das ist nämlich peinlich für die Deutsche Front. Er hat ihn aber bedauert und gefordert, daß Baumgärtner endlich einmal zur Verhandlung gebracht wird, und daß er endlich einmal aus der Haft befreit wird.

Der Abgeordnete Martin hat aber nicht daran gedacht, daß drüben im "Dritten Reich" ganz anders verfahren wird wie hier im Saargebiet, und ich nenne Ihnen nur einen Namen, weil dieser Name auch mit dem Weihnachtsfest und dem Weihnachtsfrieden zusammenhängt: T o r g l e r. Torgler ist seinerzeit vom Reichsgericht freigesprochen worden von der Anklage des Reichstagsbrandstifters. Und Torgler befindet sich auch heute noch, nach der zweiten Weihnachtsfeier, obwohl er freigesprochen wurde, noch im Gefängnis.

(Zurufe der Kommunisten: Das ist deutsches Recht!)

Der Abgeordnete Martin hat auch vergessen zu fordern, daß die verhafteten Braun Ernst und Bartsch Heinrich, die gegen jedes Recht im "Dritten Reich" festgehalten werden, zu protestieren und zu verlangen, daß auch diese aus dem Gefängnis herausgebracht werden, um wieder ihre Freiheit genießen zu können.

Der Abgeordnete Martin hat sich noch einmal beklagt über die Haussuchung, die seinerzeit bei der "Deutschen Front" stattgefunden hat, er hat aber vergessen, daß gegenüber der Haussuchung der Regierungskommission bei der Deutschen Front in der Zwischenzeit die Welt ein ganz anderes Urteil gefällt hat. Aber über das Beispiel Hilt hat Herr Martin nicht gesprochen, daß man Einbrecher duldet, um mit Hilfe des durch diese erbeuteten Materials im Abstimmungskampf zu arbeiten, und daß diese Einbrecher vom "Dritten Reich" insofern beschützt werden, daß er es sogar wagen konnte, am amtlichen Rundfunk seinen Einbruch zu schildern.

Am 30. Juni 1930 gab es auf dem linken Rheinufer sogenannte Befreiungsfeiern. Bei diesen wurde erfreut darüber gesprochen, daß es gelang, die fremden Truppen fünf Jahre früher aus dem Pfälzer Land zu bringen. Es ist jedenfalls nicht uninteressant, wenn ich Ihnen eine Episode mitteile, die ich erlebte.

Bürgermeister Ruppersberg ist damals ein paar Tage vorher an mich herangetreten und hat mich gebeten, die Befreiungsrede zu übernehmen mit der Begründung, wenn wir es einem zu verdanken haben, daß diese Truppen fünf Jahre früher abziehen mußten, so war es die Sozialdemokratische Partei gewesen.

Wie nachzuweisen ist, habe ich in jener Nacht vor viertausend Menschen gesprochen. Das war 1930 ! Also damals hat man

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

228

uns gedankt, daß es unsern Annäherungsversuchen gelungen war, die Truppen fünf Jahre früher vom deutschen Boden wegzubringen, und heute sind wir die "Landesverräter". Man klagt, daß jetzt wieder neue fremde Truppen hier stehen. Adolf Hitler ist es gewesen, der uns diese fremden Truppen hereingebracht hat. Der Bürgermeister von Neunkirchen, Dr. Blank, hat die Bevölkerung zu einem Platzkonzert, das die englischen Truppen gaben, schriftlich eingeladen.

Die Deutschen an der Saar haben noch nicht begriffen, warum diese fremden Truppen da sind. Der Herr Abgeordnete Martin hat sich beklagt, daß die Polizei Reitpeitschen trage. Man hat aber noch nicht beobachtet, daß Landjäger Sporen tragen, auch diejenigen, die kein Pferd besitzen. Daß man wieder eine Emigrantenhetze betreibt, ist für Sie und für uns unverständlich. Man denkt nicht daran, daß man seinen eigenen Leuten damit einen schlechten Dienst erwiesen hat. Man braucht nur an die bedauernswerten Opfer Adolf Hitlers zu denken. Vielleicht will es das Schicksal, daß auch einmal ein Abgeordneter Martin und Genossen in die Emigration gehen müssen.

Abgeordneter Martin hat weiter gesagt, die Flaggen, die gehißt werden, bedeuten die wahre Volksgemeinschaft. Wenn das die wahre Volksgemeinschaft sein soll, dann kann ich nicht begreifen, daß die Blockwarts so eifrig tätig waren. Überall und in allen Orten konnte man bemerken, wie die Blockwarts ihre Genossen aufmerksam gemacht haben, und wenn die Leute frugen, warum wird denn eigentlich geflaggt, dann wurde ihnen erwidert: " Das ist ganz gleichgültig, heute wird geflaggt."

Über die Beschlüsse des Völkerbundsrates vom 6.Dezember 1934 hat der Herr Abgeordnete Martin wenig gesagt, und das wäre nach unserer Meinung die Hauptsache gewesen, wenn er das gebracht hätte, was St.Nikolaus der Deutschen Front in Genf beschert hat.

Herr Martin hat nicht gewagt zu sagen, eine zweite Abstimmung sei nicht möglich, sondern er hat gesagt, wenn eine zweite Abstimmung möglich wäre, halte der Völkerbundsrat sein Wort. Jetzt auf einmal kommt man mit der neuen Parole heraus, nachdem die Lügen nicht mehr länger aufrecht zu erhalten sind. Warum wird nicht davon gesprochen, daß die Renten und Pensionen auf alle Fälle sichergestellt sind? Warum wird nicht gesprochen von der Verschacherung der Warndtgruben an Frankreich? Warum wird nicht davon gesprochen, daß man gleich nach dem Beschluß des Völkerbundsrats die deutsche Devisenverordnung einführt. Darüber spricht man nicht. Da muß man sich fragen, ist es deutsch, daß man Tatsachen verdreht oder verschweigt? Ist es deutsch, Deutsche im Unklaren zu lassen? Ist es deutsch, das Volk zu belügen, nur um sich selber zu empfehlen?- Hier muß der "Landesverräter" etwas nachhelfen.

Da helfen alle anderen Versuche nichts, denn der Völkerbundsrat hat diese Bestimmung einstimmig gebilligt, daß, wenn am 13.Januar 1935 eine Mehrheit für den Status quo herauskommt, die Deutschen an der Saar jederzeit den Wunsch äußern können, zu ihrem Vaterlande später zurückzukehren.

Die Deutsche Front hat versucht, diese Tatsachen in das Gegenteil zu verkehren, indem sie den Ausspruch des französischen Außenministers Laval fälschte: Wenn die Deutschen an der Saar später den Wunsch äußern, nach Deutschland zurückzukehren, steht die französische Regierung nicht im Wege. Das Wort „nicht" hat man weggelassen. Das ist eine Fälschung, wie wir sie noch nicht erlebt haben. Mit anderen Worten, die Deutschen an der Saar, die die Segnungen des Dritten Reiches nicht genießen wollen, haben Gelegenheit, am 13.Januar 1935 gegen Hitler zu stimmen,

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

aber auch noch die Gelegenheit, zu Deutschland zurückzukehren. Im Bericht des Dreierausschusses von Rom heißt es, daß im Falle des status quo alle Ansprüche auf Renten und Pensionen gesichert sind.

Wenn eine andere Regierung es gewagt hätte, den Franzosen die Warndtgruben zur Ausbeutung auf weitere fünf Jahre zu belassen, wäre sie an die Wand gestellt worden. Aber Adolf Hitler kann es wagen. Er konnte es weiter wagen, daß den Deutschen an der Saar die Franken und die Devisen abgenommen werden und dafür die Mark gegeben wird, die ganz bestimmt eine Inflation durchzumachen haben wird. Deshalb war es unsere Aufgabe, den Saarabstimmungsberechtigten zu sagen, wie die Sache steht und was die Tatsachen sind.

Der Abgeordnete Martin hat geglaubt, uns vorhalten zu müssen, wir stimmten nicht für Deutschland. Wir haben uns bereiterklärt, für Deutschland zu stimmen, nur stimmen wir nicht für Adolf Hitler. Wir stimmen nicht für die Konzentrationslager und für die Morde, die passieren, aber wir stimmen für Deutschland und für das deutsche Volk. Wir haben am 13.Januar diesem System eine Bewährungsfrist zu geben, da wir hierzu ein ausgezeichnetes Mittel haben, einmal abzuwehren, was Hitler mit Rosenberg gegen die Kirchen unternimmt. Und deshalb beschimpft man uns als Landesverräter.

Herr Abgeordneter Baltes hat gemeint, wir würden nicht mehr lange reden, und Herr Kiefer sagt:" Das ist der Status quo". Baltes und Kiefer haben noch nicht begriffen, wie es draußen im Saargebiet aussieht.

Der 6. und 13.Januar 1935 werden beweisen, wie angeblich "klein" das "Häuflein" für den Status quo ist. Der 13. Januar wird Ihnen die Augen öffnen. Wir sind da, wenn wir auch vom deutschen Rundfunk jede Woche 13 mal totgesagt werden.

Der 13.Januar wird beweisen, daß wir leben, und daß wir auch für die Zukunft lebensfähig sind.

Kann uns der Herr Staatskommissar nunmehr Auskunft über die Anfrage des Abgeordneten Petri geben?

Staatskommissar Kuchenbecker: Ich habe inzwischen versucht, mich zu informieren. Der Herr Abgeordnete Petri scheint eine Entscheidung des Völkerbundsrates in der Abstimmungsfrage im Auge zu haben. Die Regierungskommission ist für diese Frage nicht zuständig, sondern die Abstimmungskommission.

--

Abg. Lieser(SP): Aufgrund dieser Auskunft des Herrn Staatskommissars stellen wir folgenden Antrag:

Die Regierungskommission bezw. die Abstimmungskommission werden ersucht:

1) Der Saarbevölkerung die Entscheidungen des Völkerbundsrates vom 6.Dezember 1934 vollinhaltlich auf dem amtlichen Wege zur Kenntnis zu bringen.

2) Die Publikation durch amtliche Plakatierung und durch amtliche Auflagen in sämtlichen Zeitungen des Saargebietes auf der ersten Seite zu veranlassen.

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lorenz!

Abg. Lorenz (KP): Meine Dame und meine Herren! Am Schlusse der Sitzung möchte ich noch zu einigen Dingen Stellung nehmen. Wir haben in der Bürgermeisterei Sulzbach am vorigen Freitag vor Weihnachten eine Versammlung der Erwerbslosen gehabt. Die Erwerbslosen haben eine Delegation gewählt, dabei sind Sozialdemokraten, Kommunisten und Deutsch-Frontler. Diese wollten heute früh einmal sehen, wie der Landesrat zu ihren an die Regierungskommission eingereichten Verordnungen Stellung nimmt. Ich weise darauf hin, daß die Delegation heute früh um 9 Uhr bereits eine Besprechung hatte mit dem Herrn Präsidenten des Landesrates, Herrn Scheuer. Herr Scheuer hat zugesagt, daß die Möglichkeit besteht, daß die Delegation verhandelt mit Herrn Levacher, und daß im Auftrage der Delegation von uns am Schlusse der Sitzung zu den Erwerbslosenforderungen selbst Stellung genommen wird. Ich frage nun den Herrn Präsidenten, haben Sie gewußt, daß die Deutsche Front heute ein solches Manöver im Landesrat durchführt?

Vorsitzender: Ich habe mich dazu nicht zu äußern.

Abg. Lorenz fortfahrend: Jedenfalls hat es Herr Levacher gewußt. Herr Levacher erklärte 5 Minuten vor Beginn der Sitzung, daß die Deutsche Front in der heutigen Sitzung sich einsetzen wird für die Forderungen der Erwerbslosen. Das war 5 Minuten vor Beginn der Sitzung und ich glaube, dem Deutsch-Frontler, den wir mit der Delegation hierhergebracht haben, dem haben alle Erklärungen von Martin und alle sonstigen Dinge von Martin nichts genutzt, er ist wieder nach Sulzbach gefahren und hat sein Geld gesehen. Ich bin der Auffassung, daß, wenn ein solcher Mann nur schweren Herzens mit uns als Kommunisten und Sozialdemokraten nach hier ging, und ich kann ihm nur sagen, er soll mit seiner Fraktion sprechen, mit unserer braucht er gar nicht zu sprechen, er hat Furcht mit seiner Fraktion zu sprechen. Er hat von seiner Fraktion das Versprechen bekommen, daß sie sich einsetzt für die von den Erwerbslosen selbst gestellten Forderungen, und dann sitzt er hier, schimpft eine halbe auch dreiviertel Stunde ordentlich herum und hat direkt neben sich das Gesindel. Und geht man stiften, wenn es sich darum handelt, für die Forderungen der Erwerbslosen einzutreten. Ich sage, und das kann ich auch im Auftrage der Delegation erklären: Der Deutsch-Frontler hat mindestens heute früh gesehen, wo das Gesindel sitzt.

Vorsitzender: Herr Abgeordneter Lorenz, ich entziehe Ihnen das Wort und schließe die Sitzung (11 Uhr 55 Minuten)!

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4 I